

# INFORMATIONSDIENST

**IÖW** INSTITUT FÜR ÖKOLOGISCHE  
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG GmbH

**VÖW** VEREINIGUNG FÜR ÖKOLOGISCHE  
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG e.V.

## Veränderte Standortanforderungen in einer zukünftigen Unternehmenslandschaft

*Die politische und wissenschaftliche Standortdebatte ist derzeit eine eher kurzsichtige Auseinandersetzung über die wirtschaftliche Befindlichkeit der Nation. Strategische Initiativen sind selten, das Status-Quo Denken dominiert. Diejenigen, die in den derzeit noch dominanten Wirtschaftszweigen das Sagen haben, verteidigen Strukturen. Wagenburgmentalität und Kostensenkungsprogramme bestimmen das Bild. In dieser Situation die Frage aufzuwerfen, welche Standortbedingungen in einer veränderten Unternehmenslandschaft eigentlich zukünftig ökonomisch, sozial und ökologisch notwendig und wünschenswert sind, heißt sich aufs Glatteis zu wagen. Wir haben die Hoffnung, daß auch in den nächsten Ausgaben des Informationsdienstes weitere Tänzer und Tänzerinnen dazukommen.*

Bekannterweise ist das Wirtschaften eine dynamische Veranstaltung. Unternehmen und Branchen unterliegen einem stetigen, wenn auch langsamen Wandel. Wir wollen diesen Wandel in Bezug auf die innerbetrieblichen Funktionen und die Außen-, die Kooperations- und Konkurrenzbeziehungen der Unternehmen betrachten. Im Mittelpunkt unserer Überlegungen steht die Frage, inwieweit sich aufgrund veränderter Rahmenbedingungen, neuer Produktionskonzepte und -systeme sowie erhöhter Anforderungen an die Qualität der Produktion Chancen für eine Neubewertung von ›Nähe‹ und damit auch eine neue Form der Standortbindung ergeben könnten.

### Räumliche Implikationen aus einem Wandel des Produktionsparadigmas

Vieles deutet darauf hin, daß sich die wirtschaftliche Entwicklung in den modernen Industriestaaten in einem grundlegenden Umbruch befindet, vergleichbar mit den Umbrüchen beim Aufstieg der Schwerindustrie oder der Fließbandproduktion. Insbesondere in regulations-theoretischen Ansätzen wird versucht, für solche grundlegenden Veränderungen einen theoretischen Erklärungsrahmen zu liefern (siehe Literatur), wobei bestimmte Formen industrieller Produktion (z. B. die Fließbandfertigung), bestimmte Formen des Konsums (z. B. den Massenkonsum standardisierter Industriegüter) und bestimmte Formen der gesellschaftlich-politischen Regulation (z. B. Wohlfahrtsstaat und So-

zialpartnerschaft) integriert betrachtet werden. Vergleichsweise gut ausgearbeitet, auch mit einer Binnendifferenzierung in verschiedene Phasen, ist das an Bedeutung verlierende *fordistische Akkumulationsregime* mit den ihm entsprechenden Regulationsmodi.

Bezüglich des Wandels der Industrie- und Arbeitsbeziehungen wird die These vertreten, daß das Paradigma der Massenproduktion ('Economics of Scale') zwar noch dominant ist, gleichzeitig jedoch auch gegenläufige Tendenzen hin zu einer 'flexiblen Qualitätsproduktion' ('Economic of Scope') zu beobachten sind. Aus solchen verschiedenen Industrialisierungsparadigmen resultieren unserer Auffassung nach auch unterschiedliche Strukturen und Organisationsmuster im Produktionsprozeß, mit denen auch verschiedene Ansprüche an die Qualität der Standorte und an die Art und Weise der Raumnutzung verbunden sind (s. Abb. 1; v. Gleich/Hesse/Lucas 1994).

Ausgehend von den unterschiedlichen Organisationsmustern und Funktionsabläufen ergeben sich auch unterschiedliche Ansprüche an die räumliche Organisation und den Standort. Die Formen der Raumnutzung und der praktizierten bzw. bevorzugten räumlich-funktionalen Arbeitsteilung unterscheiden sich erheblich. Und es gibt Hinweise auf damit verbundene neue Anforderungen an gesellschaftlich-politische Regulationsformen insbesondere in den traditionellen Bereichen der Infrastrukturpolitik und der Raum- bzw. Regionalplanung (s. Abb. 2).

## Aus dem Inhalt

- 4 Umweltschutz und Umweltqualität als Standortfaktor – neue Studie des IÖW  
*Karin Robinet*
- 5 Die Standortdebatte – eine Nachbetrachtung  
*Stefan Zundel*
- 8 Programm der VÖW-Jahrestagung  
*Privat oder Staat*
- 9 Die ökologische Steuerreform in Dänemark  
*Lutz Mez*
- 11 Produktpolitik im internationalen Vergleich  
*Gerd Scholl*
- 13 Stand der Normung von Umweltmanagementsystemen und Umweltaudit  
*Jens Clausen*
- 14 Ausgewählte Instrumente proaktiver Umweltpolitik  
*Stefan Zundel*
- 16 Westliche Hilfsprogramme für die Länder Mittel- und Osteuropas im Umweltsektor – Note: ungenügend  
*Regine Stein*
- 18 Wangerooger – Erklärung des VÖW – Studierendenkreises
- 20 Tagungsberichte
- 25 Rezensionen
- 28 Termine

Auch im Rahmen des Modells einer 'postfordistischen' oder 'differenzierten Qualitätsproduktion' scheint zunächst die Globalisierung der Märkte ungebrochen weiterzugehen. Es kommen jedoch auch gegenläufigen Entwicklungen eines Bedeutungsgewinns von Nähe hinzu. Die unmittelbare lokale und regionale Un-

Abb. 1: Strukturmerkmale in unterschiedlichen Produktionstypen

Fordistische Produktion	Flexible Qualitätsproduktion
Leitbranchen: Grundstoffindustrie und Massenkonsumgüter (insb. Automobilproduktion) eher lange Produktzyklen	Leitbranchen: Maschinenbau, Informations- und Kommunikationstechnik, Konsumgüter mit besonderem Design und/oder hochwertiger Technologie relativ kurze Produktzyklen in rasch wechselnden Märkten
Auf <i>economics of scale</i> basierend	Auf <i>economics of scope</i> basierend
Massenfertigung standardisierter (homogener) Produkte große Lagerbestände, hohe Umrüstzeiten	Flexible Fertigung in wechselnden <i>kleinen Serien</i> bis hin zur Einzelstückfertigung, flexible Automatisierung
Kostenreduzierung v. a. durch <i>Größeneffekte und Lohnkostenreduzierung</i> Qualitätskontrolle am Ende des Produktionsprozesses	Kostenreduzierung durch Effektivierung/Flexibilisierung von Maschinen- und Ressourceneinsatz und Produktionsorganisation <i>Systemische Rationalisierung</i> ' (auch Lager, Zu- und -Auslieferung betreffend) hohe Relevanz von Transaktionskosten und prozeßbegleitende integrierte Qualitätskontrolle
Preiskonkurrenz auf angebotsdominiertem Markt	Qualitäts- und Technologiekonkurrenz auf nachfragedominiertem Markt
<i>Vertikale Integration und Hierarchie</i> in inneren und äußeren Beziehungen der Unternehmen tayloristische Formen der Arbeitsteilung starke einseitige Abhängigkeit der Betriebsteile, Unternehmensteile, Zulieferer und ggf. sogar der Kunden von der Zentrale/dem Großunternehmen/dem Oligopolisten	<i>Horizontale Integration mit dezentralisierter Teilautonomie</i> in inneren und äußeren Beziehungen Gruppenarbeit, abhängige Dezentralisierung, out-sourcing, Unternehmensnetzwerke mit stark wechselseitiger Abhängigkeit und Kooperation; 'regionale Innovationssysteme' mit industriell-technischen Traditionen, spezialisierten Dienstleistern, gemeinsamen Vertriebsnetzen, persönlichen Kontakten und regionalem Innovationsklima

ternehmensumgebung wird für die Innovationsfähigkeit, für die notwendige Qualität und Flexibilität des Produktionsprozesses und damit für den Erfolg auf dem Welt-Markt wieder wichtiger. Folgende Faktoren einer neuen, modernen Raumbindung gewinnen an Bedeutung:

- direkte (face to face) Kommunikation,
- inner- und außerbetriebliche Abstimmungs- und Verhandlungsprozesse,
- kurze Wege, Führungsvorteile,
- Struktur des regionalen Innovationssystems (z.B. vertikale Kooperation entlang einer Produktlinie zwischen Rohstoffproduzenten, Verarbeitern, Dienstleistern und Endabnehmern),
- Innovationsklima,
- regionale F. u E.-Infrastruktur und Qualifikationspools.

Bei kürzer werdenden Produktzyklen und zunehmend fragmentierten und differenzierten Märkten steigt der Abstimmungsbedarf in vor- und nachgelagerten (aber auch begleitenden) Kommunikations- und Koordinationsprozessen rapide an, nehmen die Transaktionskosten ge-

genüber den Produktionskosten und den Transportkosten in der eigentlichen materiellen Produktion (Fertigung) an Bedeutung zu.

Die im Zuge des wirtschaftlichen Strukturwandels wachsende Bedeutung von (personengebundenen) Dienstleistungen und eine zunehmende Informatisierung bzw. Immaterialisierung der Produktion können diese Tendenzen zusätzlich verstärken. Und schließlich wird durch neue ökologische Anforderungen, insbesondere durch Recycling und Rücknahmeverpflichtungen (die tendenzielle Schließung von Stoffkreisläufen) und durch den Rückgriff auf regenerierbare (nachwachsende und damit ggf. aus der land- und forstwirtschaftlichen Umgebung der Agglomerationen beziehbare) Werk- und Wirkstoffe, auch für den verbleibenden, fordistischen, handwerklichen, primären und tertiären Teil der Wirtschaft der unternehmensimmanente Druck auf eine Dezentralisierung der Produktion wieder stärker werden (1).

Auf der Grundlage einer von uns vorgenommenen Unternehmenstypisierung wird deutlich (vgl. v. Gleich, Hesse, Lucas 1994), daß z.B.

eine Erhöhung der Transportkosten die Unternehmen in sehr unterschiedlicher Weise treffen würden. In der Standortdebatte muß daher auch die Frage diskutiert werden, ob mit der Art der Standortpolitik nicht auch unterschiedliche Dynamiken in den Unternehmen in Gang gesetzt bzw. auch blockiert werden können.

Wir können diese Frage nicht abschließend beantworten. Wir halten es allerdings standortpolitisch für aussichtsreicher, für moderne, qualitativ orientierte Unternehmen die Voraussetzungen zur Erhöhung der Qualitätsstandards zu verbessern und hierbei natürlich auch über soziale und ökologische Standards zu streiten, als wie das Kaninchen auf die Schlange 'Billiglohnanbieter' zu starren. Die Tatsache, daß eine Ingenieurstunde in der tschechischen Republik nur 17,- DM kostet, kann doch letztlich nur zu dem Schluß führen, daß die deutsche Industrie in der Lohnkostenkonkurrenz kaum bestehen kann und daher andere Wettbewerbsvorteile strategisch ausbauen muß.

#### Sechs Thesen:

#### Veränderte Organisationsmuster führen zu veränderten Standortanforderungen

1) Internationale Arbeitsteilung, technologische Innovationen und der EG - Binnenmarkt werden den strukturellen Wandel in Richtung Hochtechnologieunternehmen, zu den Dienstleistungen und zur immateriellen Produktion weiter forcieren. Hierbei gibt es nicht nur einen Trend zu immer größer werdenden Märkten, sondern die Entwicklung ist auch mit Differenzierung und Fragmentierung von Märkten und immer kürzeren Produktzyklen verbunden. Im Zuge dessen zeichnet sich ein neues Produktionsparadigma ab, ein Übergang vom fordistischen Industrialisierungstyp (serielle Massenproduktion) zur postfordistischen, differenzierten Qualitätsproduktion.

2) Das Produktionsparadigma der differenzierten Qualitätsproduktion impliziert eine Neustrukturierung von Unternehmensfunktionen und Industriebeziehungen mit erheblichen Folgen für die Standortanforderungen der neustrukturierten Unternehmen. Zu nennen sind hier: Zum einen der Wandel in der Unternehmensorganisation (neue Unternehmens-, Management- und Fertigungskonzepte wie »Lean management«, abnehmende Fertigungstiefe, Gruppenarbeit, Externalisierung von Beratung, logistischer Optimierung, technologieorientierte Unternehmensgründung, just-in-time-Produktion). Zum anderen der Wandel in der räumlichen Verteilung bestimmter Unternehmensfunktionen, insbesondere die räumliche und betriebliche (Re-) Integration von Forschung und Entwicklung, Marketing und Qualitätssicherung mit zumindest denjenigen Teilen der Fertigung, in denen schneller Produktwechsel möglich und hohe Qualitätsstandards erfüllt werden müssen.

3) Mit dem Wandel des Produktionsparadigmas ist auch ein Bedeutungsgewinn der regionalen

Dimension – als mittlere Raumbene zwischen den kommunalen und föderalistischen Strukturen – verbunden. Dieser Prozeß zeitigt auch raumstrukturelle Effekte, die mit den Stichworten abhängige Dezentralisierung, Unternehmenscluster, Unternehmensnetzwerke und regionale Innovationssysteme beschrieben werden können. Ein solcher Prozeß der räumlichen Re-Integration kann auch gekennzeichnet werden als tendenzieller Übergang von ‘starken Unternehmen’ zu ‘starken Regionen’ als Subjekten der Weltmarktkonkurrenz.

4) Im Zuge dieses Strukturwandels, der nicht zuletzt auch erhebliche ökonomische Konsequenzen hat, wird die Bedeutung traditioneller Standortfaktoren (Naturgrundlage, Ressourcen, Umfang und Struktur des Arbeitsmarktes, Verkehrsanbindung) zurückgehen und eine zunehmende Bedeutung moderner, systemischer (2) und ‘weicher’ Standortfaktoren zu verzeichnen sein.

5) Den Beziehungen der Unternehmen untereinander und zu Ihrer ‘Umwelt’ wird ein herausragender Stellenwert zukommen. Gemeint sind hier Kooperations- und Konkurrenzbeziehungen, z. B. zwischen Zulieferern und Abnehmern/Märkten, Zugang zu externer Beratung, zu FuE-Einrichtungen, regionales Innovationsklima, Verhältnis zu Behörden usw., aber auch Kultur und Freizeitmöglichkeiten für hochqualifizierte MitarbeiterInnen sowie die Qualität und Pflege natürlicher Potentiale.

6) Die Nachfragedominanz und damit stärkere Funktionsorientierung im Rahmen der ‘Differenzierten Qualitätsproduktion’ bietet Anknüpfungspunkte zur Forcierung eines ökologischen Strukturwandels und zur Verstärkung von umweltschonenden (Gratis-) Effekten, z. B. durch die Informatisierung (Dematerialisierung) und Tertiärisierung wesentlicher Bereiche der Wertschöpfung (Möglichkeiten zur Erhöhung der Wertschöpfung ohne gleichzeitige Erhöhung des Energie- und Materialumsatzes).

**Konsequenzen für eine moderne und ökologische Standortpolitik**

Derartige grundlegende Veränderungen im industriellen Paradigma führen zu veränderten Anforderungen an die Politik und insbesondere an die öffentliche Hand auf allen Ebenen. Sie ist ja traditionell für standortpolitische Maßnahmen z. B. in den Bereichen Verkehr und Kommunikation sowie Forschung und Qualifizierung zuständig. Auch wenn im Rahmen der Rechtsbereinigungen und -vereinfachungen sowie aufgrund der fortschreitenden Privatisierung dieser Bereiche von einer möglicherweise abnehmenden Bedeutung der öffentlichen Infrastrukturpolitik ausgegangen werden muß, besteht aus Sicht einer umwelt- und klimaverträglichen Standortentwicklung die dringende Notwendigkeit zur Beibehaltung und Weiterentwicklung eines planerischen Instrumentariums, um die Umweltfolgen der ökonomischen Entwicklung zu regeln. Angesichts des anhaltenden

Erneuerungsbedarfs bei den traditionellen Infrastrukturen und begrenzter finanzieller Möglichkeiten (auch diesbezügliche private Spielräume der Finanzierung bzw. Renditeaussichten sind begrenzt!) könnte sich der Schwerpunkt öffentlicher (Infrastruktur-) Leistungen verschieben vom ‘Bauunternehmer’ zum ‘Klimaverbesserer’, vom Ausbauer der Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur zur Rolle eines ‘Moderators’ für regionale und lokale Kooperation und Kommunikation, eines Förderers des regionalen ‘Innovationsklimas’.

Es stellt sich die Frage, welche (öffentliche und/oder private) ‘Transaktionsinfrastruktur’ für moderne Unternehmen erforderlich ist, und ob diesbezüglich sich ergänzende Konzepte und Strategien denkbar bzw. wahrscheinlich sind.

Man könnte z. B. an ‘institutionelle’ und ‘soziale’ statt nur an technische und bauliche Innovationen und Maßnahmen denken, z. B. an die Verbesserung vorhandener Einrichtungen (Kammern, Verbände, Gebietskörperschaften, [Fort-] Bildungs-, FuE- und Transfereinrichtungen, regionale Abfallbörsen usw.) und an die Schaffung neuer ‘Institutionen’ zur Förderung der regionalen Innovationsfähigkeit und damit (nicht nur) der inner- und zwischenbetrieblichen regionalen Kommunikation und Kooperation. Aber auch entsprechende betriebsarchitektonische und städtebauliche Maßnahmen sind denkbar.

Die derzeitigen Aporien der Standortpolitik sollten mit Blick auf unternehmerische Entscheidungen überprüft und ergänzt werden.

Abb. 2: Raumbindung von Unternehmen in unterschiedlichen Produktionstypen

Fordistische Produktionsweise	Differenzierte Qualitätsproduktion
Standortwahl eher Ressourcen orientiert und nach quantitativen Kriterien: Vorhandensein <i>natürlicher Rohstoffe und Energiequellen, hinreichende Verkehrsanbindung und zahlreicher billiger Arbeitskräfte</i> , nationale Gesetze und Steuerbelastungen	Standortwahl eher nach qualitativen Kriterien: <i>Hochwertige FuE-, Kommunikations- und Verkehrs-Infrastruktur, qualitativ hochdifferenzierter Arbeitsmarkt, Nähe zu relevanten Lieferanten, Kunden, Märkten</i> Umweltfaktoren, Freizeitmöglichkeiten für Führungskräfte und ‘regionales/lokales Wirtschaftsklima’
<i>Funktionsräumliche Arbeitsteilung</i> räumliche Verteilung von Unternehmensfunktionen, Tätigkeiten und Unternehmensteilen (z. B. verlängerte Werkbänke) nach Lohn- und Preisgesichtspunkten zwischen Zentrum und Peripherie (Stadt und Land, 1. und 3. Welt)	<i>integrierte Unternehmen, Unternehmenscluster und Unternehmensnetzwerke</i> Räumliche Reintegration von Unternehmensfunktionen, räumliche Cluster/Netzwerke von Zulieferern, Abnehmern und (unternehmensorientierten) Dienstleistern
(Groß-)Unternehmen als ‘Subjekte’/Einheiten der Weltmarktkonkurrenz	Regionen und Städte als ‘Subjekte’/Einheiten der Weltmarktkonkurrenz
Räumlich segmentierte homogenisierte Arbeitsmärkte	Differenzierte (eher vertikal als räumlich segmentierte) Arbeitsmärkte
<i>Global sourcing</i> bei Rohstoffen, Komponenten, und Vertragspartnern	<i>Räumliche Nähe</i> zumindest bei denjenigen Vertragspartnern (Zulieferern/Dienstleistern) notwendig, mit denen permanent hoher Abstimmungs- und Verhandlungsbedarf besteht hohe personengebundene Kommunikationsintensität: tacit knowledge, Führungsvorteile, face-to-face-Kommunikation
(Selektive) sozio-ökonomische Integration führt zum Massenkonsum Vergleichsweise <i>homogene stabile Märkte</i> können von ein und demselben Standort aus versorgt werden	Neue sozio-ökonomische Differenzierung und Individualisierung führt zu <i>hoch differenzierten, dynamischen und stark segmentierten Märkten</i> ; in besonders dynamischen und anspruchsvollen, für Marktführerschaft besonders wichtigen sowie in besonders abgegrenzten Märkten ist räumliche Präsenz erforderlich
<i>Zentralisierung und Suburbanisierung</i> , funktionsräumlicher Städtebau	<i>Multizentrierung und (abhängige) Dezentralisierung</i> , dynamische Nebenzentren

Überlegenswert erscheint uns eine radikale Erweiterung dessen, was bisher unter Standortpolitik verstanden wurde. Eine solche Politik sollte stärker in Richtung Organisation von Politikarenen, Erprobung neuer Regulationsformen, Erweiterung der Ebenen und Instrumente, Kooperation der Ressorts gerichtet sein. Dabei wäre nicht allein an der direkten staatlichen Gestaltbarkeit äußerer Rahmenbedingungen anzusetzen, sondern auch an den unternehmensinternen Strukturen und Entwicklungstendenzen. Das Interesse moderner Unternehmen an regionaler (horizontaler) Kommunikation und Kooperation sollte aufgegriffen und verstärkt werden.

Nicht zuletzt mit Blick auf die Implementation einer solchen umfassenden Strategie in das Nutzungssystem vor Ort ist eine angemessene Berücksichtigung des erweiterten Kreises relevanter Akteure in der jeweiligen Politikarena um 'zivilgesellschaftliche' Akteure wie Kammern, Verbände, Gewerkschaften, Bildungs- und FuE-Einrichtungen notwendig. Ebenso er-

scheint die Erweiterung des Handlungsinstrumentariums um 'weichere' Regulierungsformen erforderlich (Public-Private-Partnership, runde Tische, Netzwerke usw.). Dieses veränderte Politikverständnis weist den Unternehmen im Verhältnis von staatlicher Regulierung und privater Initiative eine neue Rolle zu. Eigendynamiken und neue Regulationsformen werden entstehen, die auch für die Aufgabe einer 'Ökologisierung des Wirtschaftens' die Herausforderung mit sich bringen, neue Spielräume mit neuen *pro-aktiven* Instrumenten zu nutzen.

Arnim v. Gleich, Rainer Lucas  
Hamburg, Wuppertal

(1) Die an dieser Stelle nur kurz angerissenen Perspektiven eines stofflich-technischen Strukturwandels sind ausführlicher dargestellt in: von Gleich/Lucas/Schleicher/Ullrich: Blickwende in der Technologiepolitik, Opladen 1992, S. 71 ff.

(2) Gemeint sind hier Faktoren wie Wirtschaftsklima, Innovationsklima, Kooperationsfähigkeit etc.

## Umweltschutz und Umweltqualität als Standortfaktor

### Studie des IÖW für die Hans-Böckler-Stiftung

Umweltschutzstandards, Löhne, Sozialabgaben und Arbeitsbedingungen sind in der wirtschaftspolitischen Wahrnehmung Standortfaktoren, die darüber bestimmen, wie erfolgreich ein Wirtschaftszweig oder eine Branche, die gestiegenen Herausforderungen, die aus einer verschärften nationalen und internationalen Konkurrenz resultieren, meistert. Vor allem die von hohen Umweltschutzstandards stark betroffenen Wirtschaftszweige sehen den Industrie- und Dienstleistungsstandort Deutschland aufgrund hoher Umweltschutzkosten in Gefahr und warnen vor einem Verlust vieler Arbeitsplätze.

Vor diesem Hintergrund beauftragte die Hans-Böckler-Stiftung das IÖW mit einer Literaturstudie (sie erscheint in Kürze im SP-Verlag, Marburg). Ziel der Literaturstudie war es zum einen, Ergebnisse zusammenzutragen, die die o. g. Befunde erhärten oder entkräften, um damit einen Beitrag zur Versachlichung der Standortdebatte zu leisten. Zum anderen erwartete die HBS auch konzeptionelle Hinweise.

Die Studie ist wie folgt aufgebaut: Im ersten Kapitel wird die Debatte um den Umweltschutz als Standortfaktor eingebettet in die allgemeine Debatte um den Wirtschafts- und Lebensstandort Deutschland. Hierbei wird auch auf die »Blindstellen« der gegenwärtigen Standortdebatte und die Verengung des Begriffs des Wirtschaftsstandortes hingewiesen. Trotz vordergründiger politischer Interessen hat diese Debatte einen rationalen Kern: Im Rahmen veränderter Wettbewerbsbedingungen gehen viele Unternehmen

darin, die bisherigen Dispositionen hinsichtlich der Produktionsstandorte und der Produktions- und Arbeitsorganisation zu überprüfen. Eine besondere Rolle spielt hier sicherlich auch die marktwirtschaftliche Öffnung Osteuropas. Deren mögliche Rückwirkungen auf die Standortentscheidungen und Umweltstandards werden in Kapitel 2 untersucht. Im Anschluß daran wird ein Überblick und eine Einschätzung der politischen und wissenschaftlichen Aspekte des Themas 'Umweltschutz als Standortfaktor' gegeben (Kap. 3).

Wir haben in dieser Studie die Darstellung und Diskussion der politischen Debatte und der wissenschaftlichen Problemzugänge getrennt behandelt. Dies ist idealtypisch und findet in der Realität so nicht statt. Natürlich ist insbesondere die wissenschaftliche Auftragsforschung in der Wahl der Themenstellungen von der allgemeinen Stoßrichtung der politischen Debatte geprägt. Eine Kernaussage der Standortdebatte lautet: Der Standort Deutschland ist mit zu hohen Kosten verbunden und daher nicht mehr wettbewerbsfähig genug. Schlußfolgerung: Die Kosten für den Faktor Arbeit und die Umweltkosten sollen sinken, staatliche Vorschriften zur Einhaltung sozialer und ökologischer Standards sollen zurückgedrängt werden.

Als eine Antwort auf derartige Argumente wird nun von wissenschaftlicher Seite versucht, Bedeutung und Ausmaß der tatsächlichen Kostenbelastung zu ermitteln und darüber hinaus auch die positiven Effekte sozialstaatlicher Standards

### Literatur

- Aglietta, M.: Régulation et Crises du Capitalisme: L'Expérience des Etats-Unis, (Calmann-Lévy), Paris, 1976.
- Boyer, R.: La Théorie de la Régulation: Une Analyse Critique (L Découverte), Paris, 1986.
- Hübner, K.: Theorie der Regulation. Eine kritische Rekonstruktion eines neuen Ansatzes der politischen Ökonomie, Berlin, 1989.
- Lipietz, A.: New Tendencies in the International Division of Labour: Regimes of Accumulation and Modes of Regulation, in: Scott, A. J.; Storper, M. (eds.): Production, Work, Territory, Boston 1986, S. 16-40
- v. Gleich, A., Hesse, M., Lucas, R.: Unternehmen und Industriebeziehungen im strukturellen Wandel. Raumwirtschaftliche Ansatzpunkte zur CO<sub>2</sub>-Reduktion im Handlungsfeld Verkehr. Berlin 1994. Unveröffentlichtes Gutachten.

und des Umweltschutzes zu beziffern. Diese Art des Problemzugangs prägt auch die von Umweltminister Töpfer bei DIW/RWI in Auftrag gegebene Studie (Blazejczak u.a. 1993). Sie kommt zu dem Ergebnis, daß die Umweltkosten in der Regel nur marginale Bedeutung haben, einige wenige Branchen ausgenommen. Überspitzt ausgedrückt bringt der Umweltschutz für den Wirtschaftsstandort eher Vor- denn Nachteile mit sich.

Angesichts der eindeutigen empirischen Ergebnisse – die bezogen auf die Entwicklung in den 70er und 80er Jahren gewonnen wurden – stellt sich die Frage, warum dennoch über den Umweltschutz als Kostenfaktor diskutiert wird. Handelt es sich um ein Transferproblem, d. h. besteht nicht vielmehr die Notwendigkeit, die bekannten und in vielen Aufsätzen referierten Ergebnisse einer breiteren Öffentlichkeit verständlich zu machen und somit Aufklärung zu leisten?

Wir glauben, daß wir es uns nicht so einfach machen können. Zum einen ist darauf hinzuweisen, daß die positiven gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Umweltpolitik in der Regel solche sind, die als Ergebnis unterlassener Umweltschutzaufwendungen zustande kommen. Es handelt sich um sogenannte »nachsorgende Umweltschutztechnik« wie Abfallentsorgungseinrichtungen, Klärwerke, Luftfilter u. ä. m. Techniken, die in der Regel zur medialen, temporären und lokalen Verschiebung der Umweltbelastungen führen, suboptimal und damit teuer sind.

Zum anderen ist darauf hinzuweisen, daß der Problemzugang der Standortdebatte verengt ist. Der Begriff Standort ist annähernd gleichbedeutend mit dem Begriff Wirtschaftsstandort. Im Kern geht es um das Problem, daß das tradi-

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.